

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erste Ausgabe: Samstag, am Mittwoch  
Sonntags (Ausgabe am Abend vorher)  
Preis: 10 Pfennig monatlich  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die  
Vertriebsstellen, Telegrammstellen, sowie die  
Verlagsstellen, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Verkehrs-  
störung usw. erfolgt jeder Anspand auf Ver-  
lieferung beim Rückgang des Bezugspreises.  
Fernsprech-Nr. 24.



Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Milli-  
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer-  
halb Wohnort 7 Goldpfennig, für Anzeigen im  
amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil  
15 Goldpfennig, einseitig, umschrieben, Schwenk-  
und tabellarischer Satz mit Ausschlag.  
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag  
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs  
werden tags vorher erbeten.  
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugs.

Nr. 99.

Sonnabend, den 12. Dezember 1925.

28. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Der Gesandtschaftsbericht über die Ermächtigung der Lohn- und Gehaltssteuer ist jetzt an den Reichstag gelangt.
- \* Für die Juppelin-Gesener-Spende haben die bisherigen Sammlungen einen Betrag von über einer Million erbeuten.
- \* In der Generalversammlung der Landbau-Vereinsvereine wurde beschlossen, das Kontostundenverfahren zu beantragen.
- \* Am Auftrag des Befehlshabers Martin Gruber hat dessen Rechtsbeistand Dr. Max Hirshberg gegen das in München im Dolchschloßbezirk ergangene Urteil Berufung eingelegt.
- \* Der Völkerverbund genehmigte die militärische Verwendung eines politischen Munitionslagers auf der Westerplatte bei Danzig.

## Die Landbank.

In der Generalversammlung der Landbank A. G. zu Berlin wurde beschlossen, das Kontostundenverfahren zu beantragen. Der Bericht wird damit begründet, daß der Preussische Staat in der Schwierigkeiten geratenen Landbank die Kredite verweigere. Von in die einzelnen Verhältnisse eingeweihter Seite wird uns zu dieser überaus wichtigen Tatsache, die auch einen politischen Charakter anzunehmen droht, geschrieben: Man sollte meinen, daß es kaum einen Zeitpunkt geben könnte, der für den Anlauf von Gütern zu Siedlungs-zwecken günstiger wäre als der jetzige. Angesichts der Kreditkrise in der Landwirtschaft sind Güter zu einem Preise zu haben, der weit unter ihrem wirklichen Werte liegt. Der preussische Finanzminister S. P. W. Schöffer hat aber schon erklärt, daß der preussische Staat für Siedlungszwecke zurzeit kein Geld übrig habe. Man muß diese Erklärung bedenken. Die intensiver Bodenwirtschaft ist es ohne weiteres möglich, einen Teil des Großgrundbesitzes kleinen und mittleren Siedlern zugänglich zu machen, ohne daß die Menge der Roggenproduktion unter ein Maß herabsinkt, das die Ernährungsvorteile für das deutsche Volk zu kurz wird.

Dieser ablehnende Standpunkt gegenüber einer Fortsetzung der Siedlungspolitik hat sich nun ausgedehnt in der Ablehnung eines Kredits an die zurzeit in Zahlungsschwierigkeiten befindliche Landbank. Dieses Institut, das auf einen dreißigjährigen Bestand zurückzuführen kann, hat bisher wesentlich aus eigenen Mitteln über 3000 selbständige landwirtschaftliche Betriebe geschaffen, ist aber durch die Wirtschaftskrisis der Landwirtschaft jetzt selbst ins Gedränge gekommen. Man soll nun bedacht haben, diesen Schwierigkeiten durch verschiedene finanzielle Manöver zu begegnen, die verunglückt sind, die aber ohne Genehmigung des Aufsichtsrates getätigt sein, auch außerhalb der geschäftlichen Aufgaben der Landbank gewesen sein sollen. Allerdings sind sie zu einer Zeit gemacht worden, als die Reichsbank jede Kreditvergabe abgelehnt hatte. Die Landbank hat, wie der Aufsichtsratsvorsitzende im Geschäftsbericht mitteilen konnte, in einem einzigen Jahre nicht weniger als 33 000 Morgen für Siedlungszwecke angekauft und hat diesen Grund und Boden vor allem für die Anhebung von Pflanzlingen aus dem Osten bereitgestellt.

Doch nicht bloß durch etwaige verunglückte Spekulationen ist dieses für das gesamte Siedlungswesen überaus notwendige Institut in Schwierigkeiten geraten, sondern auch dadurch, daß der Preussische Staat weitere Einbußen an der Bank ein Verbot zu machen will, nicht fruchtlos, namentlich von Seiten des preussischen Fiskus, weil nämlich jene Geschäfte im Zusammenhang mit der See- und Luftfahrt erfolgt sind, der Fiskus also eingeweiht sein konnte. Ein Staatsbankrott soll sich bevorstehend für die Kreditgewährung ausprägen können.

Nun hat der Preussische Staat verlangt, daß ihm bei einer weiteren Kreditgewährung das Recht eingeräumt würde, auf die Beteiligung der Stelle des Aufsichtsratsvorsitzenden maßgebenden Einfluß auszuüben. Bei der nicht weniger als 28 Stunden dauernden Generalversammlung waren die Vertreter des Finanz- und des Landwirtschaftsministeriums anwesend und man hatte sich grundsätzlich schon geeinigt, als plötzlich von Seiten des Landwirtschaftsministers von zwei Millionen Mark, mit dem die Landbank wieder voll aktionsfähig sein würde, nicht zur Verfügung stellen, müsse vielmehr auf dem Gebiete der inneren Kolonisation überhaupt kurz treten. Die Landbank sollte liquidieren und ihr Aufgabengebiet in der Form der Siedlungsgesellschaft „Eigene Scholle“ übertragen. Man will wissen, daß das Landwirtschaftsministerium die Landbank vor allem deswegen zur Liquidation bringen wolle, weil das Minis-

terium mit der politischen Haltung der maßgebenden Männer in der Landbank nicht einverstanden ist. Die Ablehnung einer Kreditgewährung ist erfolgt, nachdem die Staatskommission bereits die Zustimmung zu den Vereinbarungen eingeleitet hatte; dann wurde durch den zuständigen preussischen Minister erklärt, man mache die Hände des Aufsichtsratsvorsitzenden befindlichen Aktien, welche die Mehrheit darstellen, in die Hände des Preussischen Staates übergeben.

Es ist zu erwarten, daß diese Angelegenheit nach der grundsätzlichen Seite hin noch weitere Folgen haben wird, vor allem nach der grundsätzlichen Seite hin, ob die Siedlungspolitik eingestellt werden muß oder nicht.

## Vor der Regierungsbildung Erklärungen der Parteien.

Auf Wunsch des Reichspräsidenten haben die politischen Parteien die Erklärungen über ihre Stellungnahme zur Bildung eines neuen Kabinetts bei der Reichszentrale eingebracht. Nach Kenntnisnahme der Einstellung der verschiedenen Parteien auf Grund der schriftlich eingereichten Beschlüsse wird der Reichspräsident eine politische Persönlichkeit mit der Bildung des Kabinetts betrauen. Man erwartet allgemein, daß der Auftrag an Dr. Brücker zur Neubildung des Kabinetts alsbald erfolgt wird. Wie es heißt, können die Sozialdemokraten den Eintritt in eine Regierung der „Großen Koalition“ nicht grundsätzlich ablehnen, sondern sie hätten in dem Schreiben an den Reichspräsidenten die Voraussetzungen bekanntzugeben, unter denen es ihnen möglich wäre, in die Regierung einzutreten, und die Mitverantwortung für die Führung der Reichsgeschäfte zu tragen. Die Voraussetzungen sollen sich auf sozialpolitische Fragen beziehen.

## Stellung der Deutschen Volkspartei.

Als besonders wichtig fällt in diesem Zusammenhang die Stellung der Deutschen Volkspartei ins Gewicht, da Zentrum und Demokraten ihren Willen bekunden, mit den beiden Parteien von rechts und links, Volkspartei und Sozialdemokraten, zusammenzugehen. Die Reichszentrale der Deutschen Volkspartei gab über ihre Stellung zur „Großen Koalition“ folgende Mitteilung aus: „Nach dem Bericht ihres Vororgans billigt die Reichszentrale der Deutschen Volkspartei die von ihren Verhandlungsführern dem Herrn Reichspräsidenten gegenüber eingenommene Stellung. Daraus könnte man als grundsätzliche Einsichtnahme des Reichspräsidenten sich bei den praktischen Verhandlungen nicht die bekannnten Hindernisse als zu stark erweisen.“

## Regierungserklärung vor Weihnachten

Der Ministerpräsident des Reichstages hat die Entgegennahme der Erklärung der neuen Regierung noch vor den Weihnachtsferien in Aussicht genommen. Der Reichstag will am Freitag, 18. Dezember, in die Weihnachtsferien gehen und entweder am 8. oder 10. Januar seine Arbeiten wieder aufnehmen. Er hat sich bis zum Beginn der Weihnachtsferien noch ein reiches Arbeitspensum gestellt, nämlich die Erledigung der Erwerbslosenfürsorge, der Beamtenbesoldung, des Lohnsteuergesetzes, des Gesetzentwurfs über die Entlastung des Reichsgerichts und die Verabschiedung des deutsch-russischen Handelsvertrages.

## Die Abfindung der Hohenzollern.

Der Standpunkt des ehemaligen Königshauses. Der Generalvollmächttige des vormals regierenden Königshauses, Geheimrat Dr. von Berg, gab Erklärungen über den Inhalt und die Tragweite des Vergleichs zwischen dem Staat und dem Hohenzollernhaus. Er führte die preussischen Staat und dem Hohenzollernhaus, u. a. aus, daß das Hohenzollernhaus die Vergleichsverhandlungen in dem Sinne geführt habe, mit dem verarmten Staat zu einer Befriedigung zu kommen. Das Königshaus hat auf einen Betrag von 70 bis 80 Millionen Mark verzichtet. Die Vermögenswerte des ehemaligen Königshauses kamen 49 Millionen zugute. Seit dem 1. Januar 1924 ergab das Königshaus monatlich 50 000 Mark, die aus dem Ertrage der Kron- und Landesrenten bestanden. Von dieser Summe mußten nicht nur die Unterhalt und Unterhaltung der Güter sowie die Prozesse und Steuern gedeckt werden. Der ehemalige Kaiser habe bisher lediglich einen einmaligen Betrag von 24 000 Millionen Papiermark und 24 000 Gulden von dem Preussischen Staat erhalten, was einem Wert von einer Million Goldmark gleich-

käme. Dies sei der einzige Vermögenswert, der ihm seit Januar vorigen Jahres zur Verfügung geblieben habe. Die Hohenzollern hätten auch durch die Inflation große Verluste erlitten. Im Jahre 1918 hätte ein Kronschilling von 80 Millionen Mark bestanden, der jetzt nur einen Wert von einer Million Goldmark habe. Ferner seien auf Anweisung des Kaisers während des Krieges aus dem Vermögen der Kaiserin 48 Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet worden. Durch die Bestimmungen des Verfaller Betrages hätten die Hohenzollern ihre Besitztungen in Polen und Westpreußen im Werte von 16 Millionen Goldmark verloren. Sonst sind durch Entwertung und Kriegssorgen rund 100 Millionen Goldmark verlorengegangen.

Der Staat erhalte nach den amtlichen Schätzungen Vermögenswerte im Betrage von 873 Millionen. Das Hohenzollernhaus erhalte dagegen gleichfalls nach amtlicher Schätzung nur ein Sechstel der gesamten Vermögenssubstan-

## Danzig und der Völkerverbund.

Polens Munitionsmagazin in Danzig. Der Völkerverbund beschaffte sich mit der Frage des politischen Munitionslagers auf der Westerplatte bei Danzig. Es handelt sich um die Fortsetzung der politischen Regierung, das Munitionslager durch eine Militärruppe besetzen zu lassen. Der Oberkommissar hatte, ehe er seine Zustimmung gab, es für nötig gehalten, den Rat darüber zu befragen, ob diese Einrichtung nicht der Danziger Bevölkerung widerspreche, worauf die Freie Stadt niemals als militärische oder Flottenbasis dienen darf. Der Rat sollte sich äußern, ob die Wache im Munitionslager in diesem Zusammenhang eine militärische Basis darstelle. Der Senat von Danzig vertritt mit aller Entschiedenheit diese Auffassung.

Der Rat gelangte zu dem Schluß, daß die Einrichtung jener Militärwache nicht mit der Errichtung einer Munitionsbasis gleichbedeutend sei. Die Munitionslager dürften die Uniformen nicht außerhalb des Lagers tragen und ihre Waffen dienen nur der Aufrechterhaltung der Sicherheit.

## Faschismus und katholische Kirche.

Die Italiener in Deutschland. Eine farbige Erklärung des dem Vatikan nahe stehenden „Luzifer“ führt Klage darüber, daß die Faschisten jetzt sogar katholische Institute gemaltätigen schickten, sowie Bistum und Pfründe beschlagnahmten. Angesichts der Natur katholischer Vereinigungen sei ein solches Verfahren unbegründet. Doch mußten sie sich nehmen lassen die Drohungen der Faschisten, die den Gehirnen der Priester und Ordensangehörigen, die eine Schrittmacher der katholischen Kirche und Erbschaftsberechtigten sei es verboten, politischen Vereinigungen anzugehören.

Wie die faschistischen Blätter berichten, empfing Mussolini den Delegierten der italienischen Faschisten in Deutschland, Major Ronzetti, in Audienz. Major Ronzetti erklärte Mussolini Bericht über die Lage der italienischen Kolonien in Deutschland und erklärte, daß der italienische Faschismus in Deutschland die Absicht habe, in Berlin ein sogenanntes „Italienisches Haus“ zu gründen, welches den kulturellen und wirtschaftlichen Mittelpunkt sämtlicher Italiener in Deutschland bilden solle.

## Tagung der preussischen Generalsynode.

In der dritten Sitzung der Preussischen Generalsynode kam der Tätigkeitsbericht des Generalmoderators und des Evangelischen Landeskirchenrats zur Verhandlung. Als erster Redner erachtete Generalpräsidentent Dr. D. T. S. Berlin zu einer Würdigung der kirchlichen Leistungen und programmatischen Darlegung der neuen Aufgaben der Kirche des Wort.

Die weitere Debatte wandte sich einer Einzelfrage zu, deren Bedeutung für die religiöse Arbeit der Kirche jedoch nicht zu verkennen ist: Einleitung der theologischen Studien in den kirchlichen Dienst. Prof. Dr. Steuernaegel-Breslau spricht den Theologinnen den Dank für ihr ideales Streben aus und bittet den Ausschuß, für die Reform des theologischen Studiums die beruflichen Wünsche der Theologinnen wohlwollend zu prüfen und betont, daß die Mitarbeit der Frau gebraucht werde. In der Debatte beteiligten sich insbesondere die weiblichen Abgeordneten. Sie alle begrüßten die Schaffung von Möglichkeiten für die Einordnung der Frau in den kirchlichen Dienst, indem die Frage des weiblichen Pfarrers auch unter ihren eine verschiedene Beurteilung fand. Der Präsespräsident des evangelischen Oberkirchenrates Dr. Konrad hielt eine Geleitsrede über diesen Gegenstand für die nächste Tagung der Generalmoderation in Aussicht.



# Politische Rundschau. Deutsches Reich.

## Die Sentung der Rohlfener.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Sentung der Rohlfener ist dem Reichstag zugegangen. Der Entwurf bringt, entsprechend dem Steueransatz geübter Blühender, eine Veränderung des bisherigen Gesetzes. Hiernach sollen für Dienstleistungen nach dem 31. Dezember 1925 vom Arbeitslohn für den Arbeitnehmer 1200 Reichsmark jährlich vom Steuerabzug freibleiben, und zwar 720 Mark als Rohlfener Lohnbetrag, 240 Mark zur Abgeltung der Werbungskosten und 240 Mark zur Abgeltung der Sonderleistungen. Die Bestimmungen über die Veränderung der Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1926 werden durch entsprechende Erhöhung der abzug freien Summen der Sentung der Rohlfener angeglichen. Das Wiederanlassen der Reichsgesetzstelle.

Der Reichshofpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats lehnte mit großer Mehrheit den Gesetzentwurf ab, der die Reichsregierung ermächtigen soll, im Wirtschaftsjahr 1925/26 bis zu 200 000 Tonnen Brotgetreide aufzukaufen und zu verwerfen. Im Gegensatz zum Reichswirtschaftsrat hat der Reichstag den Entwurf zugestimmt. Auf Antrag der preussischen Regierung wurde in das Protokoll ein Eruchen der preussischen Staatsregierung an die Reichsregierung aufgenommen, dass die Reichsregierung der Reichsgesetzstelle folgende Anweisungen geben solle: 1. sich nicht der Form des handelsrechtlichen Verdingungsvertrages zu bedienen, 2. die Geschäfte nach solchen Gesichtspunkten abzuwickeln, dass eine Steigerung der Roggenpreise möglichst vermieden wird, 3. keine Auslandskäufe vorzunehmen. Bei der Reichsregierung schwebt überdies Erwägungen, den Gesetzentwurf über die Wiederherstellung der Reichsgesetzstelle zurückzuziehen und dafür einen neuen Entwurf einzubringen, der auf Monopolisierung des Getreidehandels hinausläuft.

## Schleschenslowakei.

Die Waffeneinstellung deutscher Postbeamter. Die Entlassung von 200 deutschen Postbeamten und -angestellten in der Tschechoslowakei des Reiches hat in der deutschen Bevölkerung eine große Erregung hervorgerufen. Abgesehen von der fürchtbaren Not, welcher die Entlassenen und ihre Familien ausgesetzt sind, und der Unmenschlichkeit, die in dieser im härtesten Winter vorbedachten erfolglosen Entlassung zum Ausdruck kommt, sieht die deutsche Bevölkerung in diesen Entlassungen einen weiteren Schritt zur Zerschlagung der deutschen Gebiete, da die Entlassenen durch Tschechen ersetzt werden. Der Protest der deutschen in zahlreichen Orten nur mit den größten Schwierigkeiten ab.

## Das In- und Ausland.

Berlin. Reichsminister Dr. Brücker hat dem hessischen Minister des Innern von Brentano di Termezzo in Darmstadt zur Vollendung des 70. Lebensjahres die herzlichsten Glückwünsche übermitteln lassen.

Berlin. Auf Grund seiner praktischen Erfahrungen hat der Berliner Anwaltverein zur Wahrung der Interessen des an der Aufwertung interessierten Publikums einen dringenden Antrag an den Reichstag gerichtet, die am 31. Dezember 1925 ablaufende Frist und die hiermit zusammenhängenden Fristen um drei Monate zu verlängern.

Berlin. Im Reichstagsrat des Reichstages wurde auf Antrag der Reichstagspartei eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Staatsgerichtshofes in Preußen zu erlassen.

Meinung. Die tschechische Landesregierung wird die ihr entziffert ihre Haltung zum Doctorentwurf ausgebrochene Mißbilligung nicht zum Anlaß einer Demission nehmen, da es sich hierbei um eine erledigte Frage der Reichspolitik handelt.

München. Die Rollen des Münchener Dolchschloßprozesses werden auf etwa 150 000 Mark veranschlagt, zu deren Ertragung der angeklagte Rechtsanwalt Gutser verpflichtet wurde. Der Angeklagte hat Berufung eingelegt.

Hamburg. Der Hamburger Senat hat für das Jahr 1926 Bürgermeister Dr. Karl Petersen (Demokrat) zum ersten Bürgermeister und Dr. Max Schramm (Deutsche Volkspartei) zum zweiten Bürgermeister wiedergewählt.

Frank. Ministerpräsident Brücker ist es gelungen, nach 26-tägigen Verhandlungen ein neues Ministerium zu bilden, das sich als nationale Koalition darstellt.

Genf. Auf Beschluß des Völkervertrages soll im nächsten Frühjahr zwischen dem 15. April und 15. Mai eine internationale Konferenz zur Ausarbeitung von Vereinbarungen in Paris abgehalten werden.

London. Im Unterhaus erwiderte MacCall auf eine Anfrage, die Summe, die aus der ersten Danes-Annullität auf die Vereinigten Staaten entfiel, betrage 15 327 687 Goldmark.

## Die Pension für Reichsminister Schiele.

Eine amtliche Erklärung.  
In einem Teil der Presse ist bemängelt worden, daß der ehemalige Reichsminister des Innern, Schiele, nach seinem Ausscheiden aus dem Amte eine Pension bezieht, obwohl ein Reichsminister nur dann pensionsberechtigt ist, wenn er den Ministerposten wenigstens zwei Jahre bekleidet hat oder über zehn Jahre im Dienst als Beamter tätig war. Zur Aufklärung dieser Tatsache wird von amtlicher Seite erklärt:  
Minister Schiele hat gemäß § 35 des Reichsbeamten-Gesetzes bei seiner Entlassung eine Pension erhalten, weil er sich über zehn Jahre im Dienst befunden hat. Bei der Berechnung der pensionsberechtigenden Dienstzeit ist nach § 47 des genannten Gesetzes die Zeit des aktiven Militärdienstes für die Jubiläumzeit als Minister hinzuzurechnen worden. Dabei mußte weiter beachtet werden, daß nach den Vorschriften der Militärverordnungsgehalte die Zeit des Kriegsdienstes im Kampfbereich doppelt gerechnet werden muß. Unter Beachtung dieser zwingenden Gesetzesvorschriften ergab sich für Schiele eine Dienstzeit von zehn Jahren 62 Tagen. Er hatte hiernach auf eine Pension von 35 % des pensionsfähigen Dienstentkommens einen voll begründeten, kaarbaren Anspruch.

# Locales und Provinzielles.

Merktblatt für den 12. Dezember.

Sonnenaufgang 8<sup>14</sup> Mondaufgang 3<sup>34</sup> M.  
Sonnenuntergang 8<sup>14</sup> Monduntergang 2<sup>19</sup> M.  
1800 Ebnarborn beginnt die Reorganisation des preussischen Heeres. — 1916 Friedensangebot der Mittelmächte.

Lucinatag und Heergeläuben. Die heilige Lucia, deren Geburtstag auf den 13. Dezember fällt, geht in verschiedenen Gegenden, besonders in Wörm, Tietel und Osterreich am Vorabend des 13. Dezember als ein Art weiblicher Nymphen in den Dörfern umher, examiniert Kinder, fündet Strafen an, teilt aber auch Geschenke aus. Nach altem Volksglauben gehen aber in der Lucinatag auch die Hezen in großer Zahl um; sie dringen in die Häuser und in die Viehhäute ein, spielen den Menschen allerlei Schabernack und begehren das Vieh. Gegen das Begehren kann man sich durch gewisige Gegenstände schützen, außerdem werden am Vorabend des Lucinatages die Ställe ausgeräuchert. Dieses geschieht unter dem Spruch: „Vor Drudenbrüden, Hezenhufen, Teufelsföten, Inzerechnachweber beschiß die heilige Lucia.“ In der Lucinatag werden auch die Lucinatäger geschnitten, Weibensweise, die gegen mancherlei Gebrechen helfen sollen. In den Abendstunden des Lucinatages soll gearbeitet werden; denn alle Arbeit, die in diesen Stunden getan wird, ruinieren dann in der Nacht die Hezen. Heiligtliche Menschen leben in der Lucinatag auch den Lucinatagen, einen Schein, der über die Dächer geht und dort stehen bleibt, wo im nächsten Jahre eine Hochzeit ist.

Die Anmarmiete in Preußen einbüßig 88 %. Vom 1. Januar 1926 ab wird in Preußen die gesetzliche Miete um 6 % auf 88 % der Friedensmiete erhöht werden. Von diesen 6 % wird der Hauseigentümer 2 % erhalten und 4 % der Staat.

## Gericht.

Ed. Matth. 11, 3: Witte, der da kommen soll, oder sollen wir eines andern warten?

Johannes liegt im Genuß. Die gemeinen Seelen des Herodespaars haben gesagt über ihn, den Gekreuzigten: Soll das das Ende sein? Soll der, den er als den Weiser angeündigt hat, das befehlen lassen gegen ihn, gegen Gottes Ehre? Das kann er nicht lassen. Dann war aber doch nicht der so heiß Erwartete? Wir wissen heute: er ist's geworden. Wie konnte Johannes so blind dastehen sein? Er war so ganz eingestell auf, daß Gott seine Macht gegen die Guten, gegen die Schlechten. Die leise, stille Art Gottes, wie sie sich in Jesus auswirkte zur Neugeburt von innen her, die verstand er nicht. Johannes dachte, genau befehlen, legitim doch an sich selbst, er, seine Auffassung, seine heile Sehnsucht sollten zu ihrem Recht kommen. Dann hätte er anerkannt. So lehnt er ab. Und damit ist er gerichtet. Jesus spricht das in herber Arbeit in seiner Antwort aus. An Johannes vollzieht sich das Gericht. Heute gibt es Millionen solcher Johannesmenschen. Sie wollen glauben. Aber Gott soll ihre Wünsche erfüllen, ihre eigene Not heben, politisch, wirtschaftlich im großen tun, was sie für notwendig halten. Ein er das nicht — nun, dann ist er nicht der rechte Gott. Also sehen sie sich nach anderen Wessern um. Derweil geht der wahre Heiland seinen Weg, still, sicher — und sie lassen ihn an drei Wänden. Auch das gehört zur Adventszeit, in der ein Evangelium gerade davon spricht, daß Jesus zum Gericht kommt. Der Ernst dieses Gedankens ist unsern Christen heute fast ganz. Es wäre besser, wenn wir ihn nachdrücklich aufnehmen wollten. „Wißt du, der da kommen soll, oder sollen wir eines andern warten?“ „Ich bin zu Gericht in diese Welt gekommen.“ (Joh. 9, 39.) P. S. B.

Die Augen sind die wertvollsten menschlichen Organe. Wer schlecht sehen kann, muß danach streben, das Uebel zu beseitigen, sonst wird es immer größer. Eine fachmännische Prüfung der Augen kann jedermann kostenlos am Mittwoch, den 16. Dezember von 10—6 im „Siegestanz“ vornehmen lassen. Herr Dr. Pflüger Freund aus Berlin hat schon vielen Leiden in Annaburg geholfen, wie aus zahlreichen Anerkennungen hervor geht. Wir können daher empfehlen, sich vertrauensvoll an ihn zu wenden. Im Hebrigen verweisen wir auf das bezügliche Inserat in der heutigen Nummer.

Gläden, 5. Dezember. Ein hier auf der Elbe liegendes Floß, aus Böhmen kommend, riß durch den starken Treibegang und durch den Frost auseinander und trieb in einzelnen Stücken ab. Die Schiffe, die das Floß trugen, konnten mit knapper Not ihr Leben retten, während ihre Habe verloren ging. Die Barkasse der Elbstrombauverwaltung „Natter“, die die Schiffer aufnahm, geriet hierbei auch in Gefahr, beschädigt zu werden.

Leipa. Einem hiesigen kleineren Landwirt passierte folgendes Mißgeschick: Nachdem am Sonnabend von seinen vier Gänzen nur eine einsam, ging man auf die Suche in den Höfen der anderen Gänzhäuser, suchte auch in den Gärten, doch der Abend brach herein und das Suchen war vergeblich, zumal da von dem Neuland sich das weiße Gefieder der Gans wenig abhebt. Am nächsten Tage wurde das Suchen fortgesetzt, jedoch wieder vergeblich. Nun kam man auf den Gedanken, die Gänse könnten beim Baden auf dem Dorfteich, welcher noch nicht ganz zugefroren war, unter die schwache Eisdicke gekommen sein. Der Besitzer, von seinem Schwierigen lotterlich unterstützt, geräumte unter die Eisdicke. Nach ruder anstrengender Arbeit kamen dann auch wirklich zwei der vermischten Gänze zum Vorschein, jedoch die dritte war nicht aufzufinden. Es wird vermutet, daß dieselbe auf dem Grunde des Teiches liegt. — Dieser Fall mahnt zur Vorsicht: man lasse die Gänze bei Schnee oder in der Nähe von Gewässern, die noch nicht ganz zugefroren sind, nicht zum Hof.

Seyda. Ein unglücklicher Zufall brachte es mit sich, daß auf der Jagd am vergangenen Sonntag der Gutsbesitzer Franz Goppfath-Walt-Zwölffen durchfaulle und ihm

eine Schrotladung in die linke Hand ging. Die Verletzung war so schwer, daß die Hand abgenommen werden mußte.

Donnisch, 9. Dez. Ein bedauerlicher Unfall traf gestern auf dem hiesigen Bahnhof den elfjährigen Sohn des Musikdirektors Schumann. Aus der Schule aus Torgau kommend, hand der Knabe, um möglichst zuerst durch die Sperre kommen zu können, an der Tür des Wagenabteils und öffnete sie, bevor der Zug zum Halten kam. Durch den Luftdruck schlug die Tür auf, streifte im Fahren die dicht am Gleise stehenden Post- und Gepäckwagen und wurde dadurch mit voller Wucht wieder zugeschlagen. Dabei traf sie den Schüler, der inzwischen auf das untere Treittreppchen gestiegen war, und verletzte ihn an den Beinen. Die harte Fensterhebe der Tür zerstückte, stürzte dem Jungen über dem Kopfe zusammen und zerstückte ihm das Gesicht. Vermißlos mußte er ins Stationsgebäude getragen werden. Dieser Fall mag eine ernste Warnung für die elisenbahn-fahrende Schulpfänger sein.

Dahme (Mort). Ein Großfeuer ächerte hier die Chemischen Vorhölzer von Dr. Saueremann völlig ein. Auch das Wohnhaus des Besitzers wurde in Wüstenlandschaft gezogen. Die Vögel wurden durch starken Frost wesentlich erschwert.

Jüterbog, 5. Dez. In fahrenden Eisenbahnzügen nicht an die Wagenteile lehnen. Diese Warnung liegt in jedem Wagenabteil angeschlagen. Gestern nachmittag hätte leicht ein Unglück passieren können. Als der 258 nachmittags aus Jüterbog abfahrende Personenzug sich der Station Ludenwalde näherte, sprang plötzlich eine Abteil für 4 Wagenteile auf. Im selben Augenblick kam von Ludenwalde her ein Güterzug, der die Abteile ersah und zerstückte. Glücklicherweise wurde durch die herankommenden Glasplattier niemand verletzt. Hätte jedoch jemand an der bet. Abteile gestanden, so wäre ein größeres Unglück wohl kaum zu vermeiden gewesen. — Darum Vorsicht!

Coswig, 3. Dez. Die hiesige Tonwarenfabrik ist unter den brüderlichen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Abgang schwer notleidend geworden. Nachdem schon in der meisten der hiesigen Tonwarenfabriken seit längerer Zeit mit verfallenen Schichten gearbeitet wird, hat die Tonwarenfabrik von G. Feuerhals Inhaber C. Bachmann ihren Betrieb, der etwa fünfzig Arbeiter beschäftigt, vollständig stillgelegt. Die genannte Firma ist die bedeutendste ihrer Art in Coswig und durch ihre Produkte weit über Anhalt hinaus bekannt und hatte bis vor kurzem einen ständigen starken Auftrieb zu verzeichnen.

Dessau, 4. Dezember. Heute mittag stürzte bei einem Probeflug ein leichtes Jagtflugzeug auf dem Flugplatz Kleinblau ab, wobei einer der ältesten und erfolgreichsten Jagtpiloten, Straßer, ums Leben kam. Ein Verlangender, der in der Kabine mitflog, erlitt keine Verletzungen, da die Kabine infolge ihrer Konstruktion unbeschädigt blieb.

Halle. Ein trauriges Zeichen für die jetzige Zeit ist die Mitteilung, daß sich am Montagabend einhundert Obdachlose im städtischen Asyl melbten. Da die Zahl der Betten nicht zureichte, mußten einige Obdachlose bei der Polizei nachfragen. — Einen tragischen Tod erlitt die 80jährige Witwe Auguste Becker. Beim Überqueren der Gleise wurde sie von einem Straßenbahnwagen der Linie 5 angefahren und fiel mit dem Kopf auf das Pflaster. Man brachte sie in ihre Wohnung, wo sie wenige Stunden darauf an Gehirnblutung verstarb. Wie wir von anderer Seite hören, soll die alte Frau an einem Schlaganfall, den sie infolge der großen Aufregung beim Anfahren erlitt, verstorben sein. — Kalt und frostig war das Gepräge des letzten Wochenmarktes. Die Händler klagten über schlechtes Geschäft. Nur einer, der Wärschenverkauf, wurde seine „Sehen“, die bei dem Frost wühlende Wirkung ausüben sollen, los. — Am Sonntag verstarb die Waisenmutter Marie Kirdner. Sie hatte 40 Jahre der Waisenwaisenarbeit der Franke'schen Stiftungen treue Dienste geleistet und sich unter den Waisen ein dauerndes Gedenken geschaffen.

Neuselwitz (Sachsen). Auf der hiesigen Grube 145 wurden vier Vergleute durch niederbrechende Kohlenmassen verschüttet. Zwei Knappen konnten nur noch als Leichen geborgen werden, während die beiden anderen schwere Verletzungen erlitten.

## Schlussdienst.

Bermischte Drahtnachrichten vom 10. Dezember.  
Gewerkschaftsdemonstration vor dem Thüringischen Landtag. Weimar. Hier bewegte sich ein aus schätzungsweise 1000 Männern, Frauen und Kindern bestehender Zug von Erwerbslosen durch die Hauptstraßen der Stadt. Sie führten Schilder mit der Aufschrift: „Brot, Arbeit! Kein Biennig den Färsen!“ junfuntreter. Die Landespolizei verzerrte die Bannlinie vor dem Landtag mit starken Vorförern ab.

Eckelform eines Reichspaares.  
Dessau. In den Spitzbergen wurde ein Liebespaar erschossen aufgefunden. Es handelt sich angeblich um die Stütze des dortigen Försters Schneider und um einen bisher unbekannt Mann. Beide Tote hatten Schüsse, die von vorn beigetragen waren.

Für Erleichterung des Befahungsregimes in Darmstadt. Im Hessischen Landtag wurde ein von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingetragener Antrag angenommen, worin es heißt: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die nach Annahme des Vertragwerkes von Varna zu erwartenden Erleichterungen im besetzten Gebiet möglichst in weitem Umfange eintreten. Die Bestimmungen des besetzten Gebietes sind durch die Befähigung des Befahungsregimes und durch die Verordnung 308 der Rheinlandkommission bisher nur zu einem geringen Teile erfüllt worden. Zu wesentlichen Punkten, so bezüglich der Militärgerichtsbarkeit, des Ausweisungsrechts der Rheinlandkommission, der deutsche Zuständigkeit einflussreichen Beschlüssen, der Verjährung und der Beschränkungen des Vereinsrechts, sei immer noch nichts ge-











Turnen, Spiel und Sport.

— Bericht vom Ganturtag des Ebe-Eller-Turnganges am 6. Dezember in Annaburg. Der Ganturtag ist die alljährlich nur einmal stattfindende Versammlung aller Vereine des Ebe-Eller-Ganges...

- 31. Jan. Gemeinsame Vortr.-Stunde des E.-E.-Ganges und des Sorbenganges in Torgau.
14. Febr. Turnen und Sportabend und Vortr.-Stunde in Falkenberg.
7. März Spiel- und Sportwartung in Falkenberg. Gausgaulauf.

Der Ganturtag in Elbertern. Der Ganturtag findet von den Spielorten genaueste Durchführung des Beschlusses der Spielorterverammlung vom 1. März 1925...

erlassen, Kreis- und die D. T.-Steuern sind dagegen zu entrichten. Auch dem Antrag Jessen um Entlassung der Gauleiter 1925 kann nicht stattgegeben werden.

Religions- und Musikunterricht an Mittelschulen in Preußen. Der preussische Minister für Volksbildung, Kunst und Hochschulwesen gibt heute die durch Erlass vom 1. Juni d. J. in Aussicht gestellten neuen Bestimmungen...

Rah und Fern.

Einweihung des neuen Reichswärfenhanfes in Halle. In Halle fand die Einweihung des neuen Reichswärfenhanfes statt, zu der zahlreiche Vertreter der Behörden und anderer Körperschaften erschienen waren.

Der Kreuzhof.

Wauertoman aus der Vortrefflichkeit von Erich Eben sei n. 64] (Madrigal verboten).
„Wenn ich nur fort könnt! Aber zu Fuß den weiten Weg — es geht nit. Aber Nacht müßte ich selber nach allein in St. Egidii, und daheim müßte es die Hausfrau allein mit rühen.“

„So wohl, so wohl, Kreuzwirtin,“ nickt der Marx, „so könnst es zwingen! Bahr iss's eh — traumbahrt war er schon immer, der Boghofer Konrad, das will ich dir selber bezeugen.“

nahlen unter anderem 200 Bersianerelle, 100 Bfsm- 180 Mürria und 120 Hermetische im Gesamtwert von etwa 60 000 Mark.

Erhaltungs-Förderung der Wirtschaft. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei widmete in Düsseldorf dem Oberrhein Schlagschiff eine Feier, zu der die vaterländischen Verbände aus dem Rheinland und Westfalen...

Explosion in einer Gigananlage. Eine Gigananlage der Gasbahn in dem Zittauer Vorort Connaht, die Gas zur Zugsbeleuchtung herstellte, geriet in Brand und explodierte.

Stettin. Auf dem Wege zwischen Dögelow und der Stadt Burg wurde der Viehhändler Emil Rogge aus Burg von drei Männern überfallen, durch Schüsse verletzt und beraubt.

Von 23 Staatsanwaltschaften. Nach langen Vermählungen ist es der Berliner Kriminalpolizei nunmehr gelungen, den bereits von 23 Staatsanwaltschaften gesuchten internationalen Großschwindler, den 24 Jahren alten Fritz Lorenzberger...

Goldbunde in der Reichswehr. Die schiffliche Berg- und Säbenerverwaltung hat seit einem Jahr Schürungen auf Kupfer im Komitat Jász-Nagykun-Szolnok...

Starkes Treibeis auf dem Rhein. Der Rhein ist bei Köln in seiner ganzen Breite mit Eiszöfeln bedeckt, so daß viele Schiffszüge in einiger Fahrt Schiffsfahr anhalten mußten.

Schiffstanz auf der Elbe. Auf der Elbe fuhr bei dichtem Nebel der amerikanische Dampfer „Federal“ mit solcher Wucht gegen den englischen Dampfer „Morton“, daß dieser glatt in die Mitte entzweigeschnitten wurde.

Verhaftung in Dublin. Bewaffnete Räuber drangen in eine Dubliner Bank ein und raubten mit vorgehaltenen Revolvern 1400 Pfund Sterling. Bis jetzt ist es nicht gelungen, die Täter zu verhaften.

„Geld habe ich freilich aufzunehmen müssen für den Anfang, daß wir Futter und Anbatter kaufen können. Der Holmeier hat's gegeben zu 5 Prozent. Wenn uns der Herr zum nächsten Herbst, daß wir fleißig dazuhalten, hoff ich zum nächsten Herbst, daß wir's rüffalten können.“

(Fortsetzung folgt.)











Empfehle mein reichhaltiges Lager in  
**Sofas, Chaiselongues**  
 Matratzen, Diwandeden  
 Wandbehänge, Bett-Vorleger usw.  
 Gardinenleisen, Partieren-Einrichtungen  
 aus Messing und Holz (in Eiche und Nupbaum).

Zu Weihnachts-Geschenken:  
**Lederwaren aller Art**,  
 wie: Damentaschen, Schul- und  
 Affenmappen, Brieftaschen,  
 Portemonnaies, Zigarren-Etuis,  
 Sockenträger, Marittaschen.  
 Große Auswahl in  
**Koffern u. Reisetaschen**,  
**Rucksäcke** in allen Größen und Preislagen.  
**Prima Treibriemen** in allen Längen,  
 Bretten u. Stärken.  
**Pferde-Regendeden.**  
**Otto Fuhrmann, Gattler u. Tapezierer,**  
 Holzdorferstraße 9.

**Weihnachtsausstellung.**  
 Empfehle mein reichhaltiges Lager in:  
**Spielwaren**  
**Christbaumschmuck**  
**Lederwaren**  
 Seifen, Kämmen, Rasierzeug,  
 Parfümerien, Haarschmuck,  
 Haarnetze, Toilettenartikel.  
**Bürstenwaren**  
 in sämtlichen Ausführungen.  
 Kaufe **Rosshaare** bis 6.00 Mk. d. Hg.  
**Franz Dähne.**

**Werkzeuge aller Art:**  
 Schrot-, Bügel- und Handsägen, Hobelisen,  
 Stenmeißen, Feilen, Bohrer, Sensen, Sichel,  
 Beile, Aexte, Mauerhammer und -Aellen,  
**Haushaltungs-Geräte:**  
 Tischmesser u. Gabeln, Fleisch- u. Reibmaschinen,  
 Wagen und Gewichte, eiserne Ofen und Röhre.  
**Pferdescheermaschinen.**  
**Wilhelm Grahl.**

**Für Herbst und Winter!**  
 empfiehlt zu den billigsten Preisen:  
 Damen-, Bacffisch- und Kinder-  
**Mäntel = Sportwesten**  
 Sportwolle in vielen Farben.  
**Seb. Schimmeyer**

**Rot- u. Weißweine**  
 in allen Preislagen.  
**J. G. Hollmigs Sohn.**

  
**Nähmaschinen,**  
**Fahrräder,**  
**Centrifugen**  
 in größter Auswahl zu billigstem  
 Tagespreis, gebe  
**auf Zeitzahlung!**  
 Markt 20 **Fritz Rödler,** Fernruf 53  
 Reparatur-Werkstatt und Emailieranstalt  
 Autogenschweißerei.

**Großer Weihnachts-Verkauf**  
 Vergessen Sie nicht, ehe Sie kaufen, daß auch in  
 diesem Jahre die schönsten  
**Weihnachts-Geschenke**  
 bei mir zu fabelhaft billigen Preisen zu haben sind.  
 Meine enormen Lager umfassen:  
**Leinen-, Baumwoll- und Aussteuer-Waren,**  
**Leib- und Bettwäsche, Tritotagen, Gardinen.**  
**Kleiderstoffe**  
 in Seiden, Colonne, Crep-Marotain, Popeline, Wollmusselin,  
 Cheviot, Schotten in Wolle und Halbwolle, Verhänd.  
**Herren- u. Kinder-Kleidung.**  
 Einige Beispiele:  
 Damenhemd von 1.15 M. an Damenkleid von M. 3.50 an  
 Damen-Mäntel von M. 7.50 an  
 Kinder-Garnitur (Schul- und Mütze) von M. 1.75 an  
**Besichtigen Sie meine 3 Schaufenster!**  
**Ernst Peschke, Akerstraße 16.**

Als passende Weihnachtsgeschenke empfehle:  
**Linoleum**  
 Teppiche = Läufer = Vorlagen  
 sowie zum Belegen ganzer Zimmer, Küchenmöbeln usw.  
 Plüsch- sowie alle anderen Stoff- Teppiche  
 Läufer = Vorlagen = Brücken  
 Tisch- u. Divan-Decken = Felle  
 Wachstuch = Tischdecken abgepaßt und vom Stück  
 Wandschoner = Leitungschoner = Tablettdecken  
 Wachstuch-Frauen- und Kinderhürzen  
**Otto Kluge, Wittenberg**  
 Collegienstraße 81  
 Tapeten-, Linoleum- und Teppich-Spezialgeschäft

**Möbel aller Art**  
 fertige ich je nach Wunsch in einfachster bis reichster,  
 jedoch nur solider Ausführung  
 und kann bei Verwendung besten Materials infolge meiner  
 Produktion vom Baumstamm im Walde bis zum Fertigprodukt  
**sehr preiswert**  
 sein. Besichtigen Sie bitte die ständige Möbel-Ausstellung  
 und auch meine Werkstätten.  
 Es ist stets unverbindlich für Sie.  
**Wilhelm Kunze.**

**Torgauer Kreistalender**  
 Preis 75 Pfennig.  
**Köhler's Deutscher Kalender**  
 Preis 60 Pfennig, vorzüglich bei  
 Herrn. Steinbeiß, Buchhandlung.  
**Schweizer**  
**Limburger**  
**Camembert-**  
**Caner**  
**ff. Harzer**  
 empfiehlt  
**J. G. Hollmigs Sohn.**  
**Corned-Beef**  
 empfiehlt  
**J. G. Hollmigs Sohn.**

Als **Weihnachtsgeschenke**  
 empfehle in reichlicher Auswahl:  
 das elegante Damenhandtlofferden,  
 Damenhandtaschen, Besuchs-taschen,  
 Beuteltaschen, Maulbügeltaschen,  
 Affentaschen, Musikmappen,  
 Einkaufstaschen, Brieftaschen,  
 Herren- u. Damen-Portemonnaies,  
 Zigarren-Etuis, Schulmappen,  
 Kinder-Frühhilftaschen,  
 Schüler-Etuis, Gamaschen,  
 Sportärmtel, Vackärmtel, Kinderpeltschen, Sockenträger,  
 Söffer in allen Größen in Vulcan-Fibre  
 und Hartplatte. — **Rucksäcke** in allen  
 Größen mit und ohne Tasche.  
 Empfehle weiter: **Läuferstoffe, Bettvorleger,**  
**Chaiselonguededen, Sofaededen, Tischdededen,**  
**Wandbehänge** in Gobelin.  
 Stets fertige **Sofas und Chaiselongues.**  
**Otto Linke, Sattlernstr.**  
 Sinterstraße Nr. 7.

**Zahn-Praxis**  
**Karl Kretsch, Dentist**  
**Holzdorferstr. 58**  
 Telephon 82  
 Sprechstunden: Wochentags 9—12  
 und 2—6 Uhr; Sonntags 10—12 Uhr.

  
**Singer**  
**Nähmaschinen**  
 Erfindung  
 Schilling-Verordnungen  
 Singer Nähmaschinen  
 Aktiengesellschaft  
**Wittenberg (Bez. Halle)**  
 am Markt Nr. 12.

**Kleiderstoffe**  
 in Wolle, Halbwolle u. Barchent  
**Hemden-Barchent**  
**Schlafdecken Sofaschoner**  
**Bettdecken Bettvorleger**  
**Betttücher Linoleum**  
**Tischdecken Wachstuche**  
**Männer-, Frauen- und Kinder-Hemden**  
 Normal-Unterzeuge, Schürzen  
**wollene Strümpfe, Strickwolle**  
**Arbeits-Bekleidung**  
 zu den billigsten Preisen  
**Seb. Schimmeyer**  
**Annaburg.**

  
**Um Wochen schneller**  
 müssen Sie mit der echten  
**M. Brockmann's**  
**„Zwerg-Marke“**  
 diesem seit Jahrzehnten be-  
 währteten, gewürzten Futter-  
 kalk. Vorlicht beim Einkauf!  
 Nur echt in gelb. Original-  
 Pack. — nie löse!  
**Neu: Brockmann's Patent-Nährsalzalk** —  
 der physiologisch vollkommen e  
 Mineralnährstoff! — Brotpreis kostenfrei.  
 Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Samenban-  
 dungen und sonstigen einschlägigen Geschäften, wo  
 nicht erhältlich, wende man sich an:  
**M. Brockmann Chem. Fabr. m. b. H.,**  
 Leipzig-Entr. 129 h.





# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch

Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).

Bezugspreis wird monatlich festgelegt

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, sowie

die Briefträger, die Zustellboten und die

Verkaufsstellen, entgegen.

In hiesiger Nummer: Einzel-Preis: 10 Pfennig

Abgabe ohne Rücksicht auf den Inhalt der

Veränderung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Versprechens-Nr. 24.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Nr. 99.

Sonnabend, den 12. Dezember 1925.

28. Jahrg.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Gesetzentwurf über die Ermäßigung der Lohn- und Gehaltssteuer ist jetzt an den Reichstag gelangt.

Für die Zepelin-Gedener-Bande haben die bisherigen Sammlungen einen Betrag von über einer Million ergeben.

In der Generalversammlung der Landbank-Aktionarier wurde beschlossen, das Kontostundenverfahren zu beantragen.

Zur Austrage des Postboten Martin Grotzer hat dessen Rechtsanwalt Dr. Max Krichberg gegen das in München im Posthofprozess ergangene Urteil Berufung eingelegt.

Der Wehrverband genehmigte die militärische Bewachung eines politischen Munitionslagers auf der Wehrplatte bei Danzig.

## Die Landbank.

In der Generalversammlung der Landbank A.-G. zu Berlin wurde beschlossen, das Kontostundenverfahren zu beantragen. Der Schritt wird damit begründet, daß der Preussische Staat bei in Schwierigkeiten geratener Landbank die Rechte verweigert.

Son in die einzelnen Verhältnisse eingeweihter Seite wird uns zu dieser überaus wichtigen Angelegenheit, die auch einen politischen Charakter annehme, droht, geschrieben: Man sollte meinen, daß es kaum einen Zeitpunkt geben könnte, der für den Anfang von Gütern zu Zielungszielen günstiger wäre als der jetzige. Angesichts der Kreditkrise in der Landwirtschaft sind Güter zu einem Preise zu haben, der weit unter ihrem wirklichen Werte liegt. Der preussische Finanzminister Höpfer-Mathoff hat aber freudig erklärt, daß der preussische Staat für Zielungszielle zurecht sein Geld übrig habe. Man muß diese Erklärung bedauern. Bei intensiver Bodenwirtschaft ist es ohne weiteres möglich, einen Teil des Großgrundbesitzes kleinen und mittleren Siedlern zugänglich zu machen, ohne daß die Menge der Roggenproduktion unter ein Maß herabsinkt, daß die Ernährungsbedürfnisse für das deutsche Volk zu kurz wird.

Dieser ablehnende Standpunkt gegenüber einer Fortsetzung der Zielungspolitik hat sich nun ausgedrückt in der Ablehnung eines Kredits, der zurzeit in Danzig und Ostpreußen in beschränktem Maße in der Landbank. Dieses Institut, das auf einen dreißigjährigen Bestand zurückzuführen kann, hat bisher wesentlich aus eigenen Mitteln über 3000 selbständige landwirtschaftliche Betriebe geschaffen, ist aber durch die Kreditverweigerung der Landwirtschaft jetzt selbst in bedrohliche Gefahr gekommen. Man soll nun versuchen, diesen Schwierigkeiten durch verschiedene finanzielle Mittel zu begegnen, die notwendig sind, die aber ohne Genehmigung des Reichsstaates gelteig sein, auch außerhalb der gewöhnlichen Aufgaben der Landbank gewesen sein sollen. Allerdings sind sie zu einer Zeit gemacht worden, als die Reichsbank jede Kreditübergabe abgelehnt hatte. Die Landbank hat, wie der Aufsichtsratsvorsitzende im Geschäftsbericht mitteilen konnte, in einem einzigen Jahre nicht weniger als 33 000 Morgen für Zielungszielle angekauft und hat diesen Grund und Boden vor allem für die Ansiedlung von Flüchtlingen aus dem Osten bereitgestellt. Doch nicht bloß durch etwaige verunglückte Spekulationen ist dieses für das gesamte Zielungsziel überaus notwendige Institut in Schwierigkeiten geraten, sondern auch dadurch, daß der Preussische Staat weitere Bindungen ablehnte. Ob aus den finanziellen Operationen der Landbank ein Vorwärt zu machen ist, bleibt fraglich, namentlich von Seiten des preussischen Fiskus, weil nämlich jene Geschäfte im Zusammenhang mit der Zielungserklärung sind, der Fiskus als eingeweiht sein muß. Ein Staatsbankrott ist also für die Landbank gefährlich. Ein Staatsbankrott ist also für die Landbank gefährlich.

Nun hat der Preussische Staat verlangt, daß ihm bei einer weiteren Kreditgewährung das Recht eingeräumt würde, auf die Verwaltung der Stelle des Aufsichtsratsvorsitzenden maßgebenden Einfluß auszuüben. Bei der nicht weniger als 28 Stunden dauernden Generalversammlung waren die Vertreter des Finanz- und des Landwirtschaftsministeriums anwesend und man hatte sich grundsätzlich schon geeinigt, als plötzlich von Seiten des Landwirtschaftsministers mitgeteilt wurde, man könne den Betrag von zwei Millionen Mark, mit dem die Landbank wieder voll aktionsfähig sein würde, nicht zur Verfügung stellen, vielmehr auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Überbauung zur freien Verfügung der Landbank-Gesellschaft übergeben. Die Landbank sollte landwirtschaftliche eigene Scholle übertragen. Man will wissen, daß das Landwirtschaftsministerium die Landbank vor allem deswegen zur Liquidation bringen wolle, weil das Mini-

stium mit der politischen Haltung der maßgebenden Männer in der Landbank nicht einverstanden ist. Die Verweigerung einer Kreditgewährung ist erfolgt, nachdem die Staatsbankrottäre bereits die Zustimmung zu den Vereinbarungen gegeben hatten; dann wurde durch den zuständigen preussischen Minister erklärt, man mache die weitere Kreditgewährung davon abhängig, daß die in Händen des Aufsichtsratsvorsitzenden befindlichen Aktien, welche die Mehrheit darstellen, in die Hände des Preussischen Staates übergeben.

Es ist zu erwarten, daß diese Angelegenheit nach der grundsätzlichen Seite hin nach weiteren Folgen haben wird, vor allem nach der grundsätzlichen Seite hin, ob die Zielungspolitik eingestrichelt werden muß oder nicht.

## Vor der Regierungsbildung Erklärungen der Parteien.

Auf Wunsch des Reichspräsidenten haben die politischen Parteien die Erklärungen über ihre Stellungnahme zur Bildung eines neuen Kabinetts bei der Reichstagsfeier eingereicht. Nach Kenntnisnahme der Einstellung der verschiedenen Parteien auf Grund der schriftlich gereichten Beschlüsse wird dem Reichspräsidenten eine politische Zusammenfassung mit der Bitte um Mitteilung für die Regierung mitgeteilt, welche die Verantwortung für die Führung der Reichsgeschäfte zu tragen. Die Voraussetzungen sollen sich auf sozialpolitische Fragen beziehen.

## Stellung der Deutschen Volkspartei.

Als besonders wichtig fällt in diesem Zusammenhang die Stellung der Deutschen Volkspartei als Zentrum und Demokraten ihren Willen den beiden Parteien von rechts und links und Sozialdemokraten, zusammenzufassen, tagestags der Deutschen Volkspartei Stellung zur „Großen Koalition“ folgend aus: Nach dem Verzicht des Reichspräsidenten auf die Verhandlungsführung des Herrn Reichspräsidenten gegenüber eingetragene Stellung. Daran das grundsätzliche Einverständnis herauszufinden, sich bei den praktischen Verhandlungen nicht Hindernisse als zu hart erweisen.

## Regierungserklärung vor Wehrverband.

Der Ministerpräsident des Reichstages hat seine Erklärung der neuen Regierung Wehrverbänden in Aussicht genommen. Er wird am Freitag, 18. Dezember, in die Wehrverbände und entweder am 8. oder 10. Januar wieder aufnehmen. Er hat sich bis zum Wehrverbandes noch ein reiches Arbeitspensum für die Erledigung der Wehrverbandsangelegenheiten, die im Zusammenhang mit der Entlassung des Reichsstaatsverabschiedung des deutsch-russischen Handelsvertrages.

## Die Abfindung der Hohenzollern.

Der Generalvollmachtigte des vormals königlichen Geheimrat Dr. von Berg gab Erklärungen über den Inhalt und die Tragweite des Vergleichs zwischen dem Preussischen Staat und dem Hohenzollernhaus, a. a. aus, daß das Hohenzollernhaus die Vergleichsverhandlungen zu einer Verhandlung zu kommen. Das Hohenzollernhaus hat auf einen Wert von 70 bis 80 Millionen Mark verzichtet. Die Vermögenswerte des ehemaligen königlichen Hauses betragen monatlich 50 000 Mark, die aus dem Ertrage der Kronrenten stammen würden. Von dieser Summe müßten nicht nur der Unterhalt der gesamten Hohenzollernfamilie, sondern auch die Verwaltung und Unterhaltung der Güter, sowie die Erziehung und Erwerb gedeckt werden. Der ehemalige Kaiser habe bisher lediglich einen einmaligen Betrag von 32 Millionen Papiermark und 24 000 Gulden vom Preussischen Staat erhalten, was einem Wert von einer Million Goldmark gleich-

käme. Dies sei der einzige Vermögenswert, der ihm seit Januar vorigen Jahres zur Verfügung gestanden habe. Die Hohenzollern hätten auch durch die Inflation große Verluste erlitten. Im Jahre 1918 hätte ein Kronschilling von 80 Millionen Mark bestritten, der jetzt nur einen Wert von einer Million Goldmark habe. Ferner seien auf Anweisung des Kaisers während des Krieges aus dem Vermögen der Kaiserin und der Prinzessin 48 Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet worden. Durch die Bestimmungen des Verfallens Betrages hätten die Hohenzollern ihre Forderungen in Voten und Wechseln im Werte von 16 Millionen Goldmark verloren. Somit sind durch Entwertung und Kriegselagen rund 100 Millionen Goldmark verlorengegangen.

Der Senat erhalte nach den amtlichen Schätzungen Vermögenswerte im Betrage von 875 Millionen. Das Hohenzollernhaus erhalte dagegen gleichfalls nach amtlicher Schätzung nur ein Sechstel der gesamten Vermögenssubstan-

## Danzig und der Völkerbund.

Polens Munitionsmagazin in Danzig. Der Völkerbund beschäftigt sich mit der Frage des polnischen Munitionslagers auf der Wehrplatte bei Danzig. Es handelt sich um die Forderung der polnischen Regierung, das Munitionslager durch eine Militärtruppe bewachen zu lassen. Der Völkerbund hat, ehe er seine Zustimmung gab, es für nötig gehalten, den Rat darüber zu befragen, ob diese Einrichtung nicht der Danziger Bevölkerung widerspreche, wonach die freie Stadt niemals als militärische oder zivile Dienstleistungen dienen darf. Der Rat sollte sich äußern, ob die Wache im Munitionslager in diesem Zusammenhang eine militärische Basis darstelle. Der Senat von Danzig vertritt mit aller Entschiedenheit diese Auffassung.

Der Rat gelangte zu dem Schluß, daß die Einrichtung jener Militärtruppe nicht mit der Errichtung einer Militärtruppe gleichbedeutend sei. Die Munitionslager dürfen die Uniformen nicht außerhalb des Lagers tragen und ihre Waffen dienen nur der Aufrechterhaltung der Sicherheit.

## Katholizismus und katholische Kirche.

Erklärung des dem Vatikan nahe stehenden „Luzifer“ führt Klage darüber, daß die katholische Kirche in Danzig nicht die gleiche Stellung einnimmt wie in anderen Ländern. Die katholische Kirche in Danzig ist nicht die gleiche wie in anderen Ländern. Die katholische Kirche in Danzig ist nicht die gleiche wie in anderen Ländern. Die katholische Kirche in Danzig ist nicht die gleiche wie in anderen Ländern.

Die katholische Kirche in Danzig ist nicht die gleiche wie in anderen Ländern. Die katholische Kirche in Danzig ist nicht die gleiche wie in anderen Ländern. Die katholische Kirche in Danzig ist nicht die gleiche wie in anderen Ländern.

## Russischer Generalsynode.

Die russische Generalsynode hat sich mit der Frage der Einberufung der russischen Generalsynode beschäftigt. Die russische Generalsynode hat sich mit der Frage der Einberufung der russischen Generalsynode beschäftigt.

Die russische Generalsynode hat sich mit der Frage der Einberufung der russischen Generalsynode beschäftigt. Die russische Generalsynode hat sich mit der Frage der Einberufung der russischen Generalsynode beschäftigt.

